**Denunzianten!**

**Zum Versagen linker Kritik und Organisation***von Almuth Bruder-Bezzel und Klaus-Jürgen Bruder*

Den Linken, zum Beispiel denen der *jungen Welt*, fällt ihr eigenes Denunziantentum während des Coronaregimes auf die Füße. Georg Maier, SPD Innenminister aus Thüringen, wird in der Tageszeitung *jungen Welt*vom 31. Dezember 2022 mit der triumphierenden Äußerung zitiert, der »heiße Herbst hat nicht stattgefunden«, der Staat habe sich auf das befürchtete »Protestszenario gut vorbereitet«, indem er bereits im Sommer die von ihm befürchtete Protestwelle »pauschal als ›rechts‹ oder aber zumindest als ›extremistisch‹ beeinflusst zu denunzieren« begonnen hatte. Das aber war ja nicht neu. Der Staat hat es gegen den Widerstand gegen das Coronaregime bereits eingeübt – was die *junge Welt* geflissentlich übergeht, weil es sie nun selbst trifft. »Erfolgreiche Denunziation« überschreibt der junge-Welt-Autor Nico Popp seinen Beitrag in der Reihe Jahresrückblick vom 31. Dezember 2022.

Damals hatten die Linken bedenkenlos mitgemacht, was sie heute am eigenen Leibe erfahren. Ihre Kritik wäre vollkommen nachvollziehbar, wäre sie nicht verspätet, nein, wäre sie als Selbstkritik erkennbar. Davon ist aber dieser Autor weit entfernt – womit er sich nicht von den übrigen Linken unterscheidet. Dass beinahe die gesamte Linke, als es darauf angekommen war, Flagge zu zeigen, auf die andere Seite gefallen war, dass sie, indem sie den spontanen Protest der Bevölkerung, statt sich an deren Spitze zu stellen, im Stich gelassen hat, ja dass sie ihn als »rechts« diffamiert hat, kommt mit keiner Silbe vor – entsprechend den staatlichen Vorgaben.

Stattdessen das übliche *ceterum censeo* »in diesem Land werde jede ›spontane‹ politische Aktivierung fast automatisch nach rechts erfolgen« – die staatliche Denunziation habe lediglich diesen Umstand »geschickt ausgenutzt«. Dass sie erst dazu gemacht wurde, gerade durch die staatliche und von den Linken beförderte / unterstützte Denunziation, und zwar vom 1. Tag an, als die von niemand erwartete Demonstration gegen das »Hygiene«-Regime auf dem Rosa-Luxemburg-Platz begann, erwähnt er nicht. Bereits hier waren sich alle, die nicht »spontan protestierten«, einig, dass es sich um eine Ansammlung von Rechten handeln musste.

*ANTIFASCHISTISCHE STAATSRÄSON*

*UND DEREN FASCHISTISCHE AUSBEUTUNG*

Dieses Muster, dieses wie man heute sagt, Narrativ, wurde tatsächlich lange vorbereitet. Es liegt bereits in der als antifaschistisch deklarierten Staatsräson vor. Diese Staatsräson erlebte ihren ersten großen Sieg in der Rechtfertigung der Beteiligung der BRD am Krieg gegen Jugoslawien als Krieg – durch SPD und Grüne – gegen die Drohung des Auferstehens eines neuen Faschismus, mit der Parole »Nie wieder Auschwitz!«. Damit war Tür und Tor geöffnet, um Kritik am Regierungshandeln als antisemitisch denunzieren zu können.

Wir haben es bei den Pegida-Protesten gesehen, die ebenso wie die Proteste gegen das Hygiene-Regime, von Anfang an als rechts eingeordnet worden waren - statt diese Proteste von linker Seite aus zu unterstützen und ihnen eine linke Perspektive, beziehungsweise Artikulation zu eröffnen. Dass sich davon wirkliche Rechte eingeladen oder aufgefordert fühlen, erscheint so folgerichtig, wie – zumindest durch den Staatsapparat – beabsichtigt. Das darf uns keineswegs dazu verleiten, mit ihnen zu paktieren, denn diese Rechten vertreten noch ganz andere Interessen, wie neoliberale Politik, Fremdenfeindlichkeit und Natofreundlichkeit und anderes.

Dass dieses Narrativ vom »Rechten Protest« von Linken mitgetragen, ja forciert worden war, hat nicht zuletzt mit ihrem Wunsch, beziehungsweise Programm der Regierungsbeteiligung zu tun, nicht nur, nicht erst mit der Linkspartei, sondern bereits bei den Grünen, die sich ja vor langer Zeit als links verstanden hatten. Der Wunsch nach Regierungsbeteiligung hat wiederum mit der Parlamentarisierung des Protests zu tun, ebenfalls mit den Grünen begonnen.

War der Einstieg in diese Parlamentarisierung ursprünglich die Vorstellung, mit dem Versprechen verbunden, die außerparlamentarische Opposition, als die sie 1968 begonnen hatte und erfolgreich das Bewusstsein der Bundesrepublik verändert hatte, im Parlament zu vertreten, so hat die parlamentarische Maschine, die ihr Eigengewicht entwickelt hatte, immer mehr die Vernachlässigung bis zur entschiedenen Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen befördert. Dieser Zeitgeist hat immer mehr Linke, auch außerhalb der Linkspartei und der Grünen Partei erfasst. Parallel dazu der Rückzug von außerparlamentarischen Aktionen bis zur feindseligen Ablehnung, Bekämpfung.

Ein nur scheinbares Paradox: Die Bevölkerung, die – ohne von der Linken aufgefordert worden zu sein – ihren Protest auf die Straße trägt, wird von den Linken im Stich gelassen. Erst wenn sie, die Bevölkerung, durch den Verrat der Linken entmächtigt wieder die Opferrolle einnimmt – Existenzprobleme infolge der *Lockdowns*, Inflation und Sanktionspolitik – kann sich die Linke ihr wieder zuwenden: In ihrer traditionellen Rolle des paternalistischen Anklägers des Elends der Welt des Kapitalismus, ohne die politischen Eingriffe, die dazu geführt haben, zu benennen.

---